

# Raststätte Staffelbach: Bis Jahresende fällt keine Entscheidung

*Bundesverkehrsministerium prüft  
Kooperation mit Autohof Knetzgau*

Von unserem Redaktionsmitglied  
**MARTIN SAGE**

**KNETZGAU** Das Bundesverkehrsministerium wird die Entscheidung, ob die Raststätte Staffelbach gebaut wird oder nicht, nicht übers Knie brechen. Frühestens Ende 2009 wird die Entscheidung fallen, betonte am gestrigen Dienstag Ministeriumssprecher Sven Ulbrich auf Anfrage unserer Zeitung.

Man wolle nun sorgfältig prüfen, ob eine „Kooperation“ mit dem Autohof Knetzgau – sprich dem Euro Rastpark Knetzgau – möglich ist, sagte Ulbrich. Der entsprechende Prüfungsauftrag der Staatssekretärin Karin Roth hatte in den Landkreisen Haßberge und Bamberg, wo die geplante Raststätte Staffelbach auf massiven Widerstand stößt, erst einmal für Erleichterung gesorgt.

Dem Verkehrsministerium geht es in erster Linie darum, bundesweit, und damit auch an der A 70, entlang der Autobahnen genügend Parkplätze für Lastkraftwagen zu schaffen. 100 Millionen Euro habe das Ministerium jetzt im Rahmen des Konjunkturpaktes II für die Errichtung von 7000 weiteren „Brummi“-Stellplätzen bis Ende 2010 bereit gestellt, erklärte Ulbrich.

Doch bei den Nachforschungen, wie viele Stellflächen an einem Streckenabschnitt bereits vorhanden sind, spielten Autohöfe bis dato kei-

ne Rolle – „welch ein Widersinn“, wie Knetzgaus Bürgermeister Stefan Paulus monierte. Denn der Euro Rastpark bietet Platz für rund 90 Lastzüge (plus 80 Pkw), für die sich die Planer aber gar nicht interessierten.

Denn für die Verkehrsexperten ist, anders als im Volksmund, Autohof nicht gleich Autoraststätte. Autohöfe wie in Knetzgau nämlich sind Tank- und Rastanlagen, die – eben im Gegensatz zu den Raststätten – keine direkte Zu- und Abfahrt zur Autobahn haben. Man muss also die Autobahn über eine Anschlussstelle verlassen, um zum Autohof zu gelangen.

Aus Sicht des Naturschutzes und der betroffenen Kommunen im Maintal allerdings ist das Haarspalterei, weswegen es heftige Proteste hagelte. Im Landkreis ist man deshalb dem Landrat Handwerker und der Bundestagsvizepräsidentin Kastner dankbar, dass sie im Bundesverkehrsministerium vorstellig wurden und für den Autohof Knetzgau warben – mit dem Erfolg, dass Staatssekretärin Roth den Prüfungsauftrag erteilte.

„Nun werden wir die Park- und Verkehrssituation vor Ort noch einmal neu betrachten“, versprach der Ministeriumssprecher.

Dabei wird es auch darauf ankommen, ob der Euro Rastpark bereit ist, seine Parkflächen für die Lkw zu vergrößern. Jürgen Walz, Betreiber der Anlage, war gestern urlaubsbedingt nicht zu sprechen.



Müssen sie sich wehren oder ist das schon erfolgreich geschehen? Staffelbacher Protest gegen die Raststätte.

FOTO WAGNER